

# SACHSENS MITTE

**digital**

Parlamentarischer Informationsdienst der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages


 Steffen Flath MdL  
Fraktionsvorsitzender

## Griechenland ist unter uns

von Steffen Flath, Fraktionsvorsitzender

Seit Monaten hält Griechenland die europäischen Regierungschefs in Atem. Was als Schuldenkrise eines Mittelmeerstaates begann, hat sich zur Euro-Krise entwickelt. Griechenland ist zum Synonym geworden für überbordende Schuldenberge, für ein Land, das unfähig erscheint, seine Finanzprobleme in den Griff zu bekommen und damit andere Länder in Mithaftung nimmt. Doch wer denkt, Griechenland ist nur ein Teil von Europa, der irrt. Griechische Verhältnisse gibt es auch in Deutschland. Da genügt bereits ein Blick in den Haushalt der Bundeshauptstadt. Die Berliner sitzen auf einem unvorstellbaren Schuldenberg von 62 Milliarden Euro. Auf jeden Berliner lastete 2010 eine Pro-Kopf-Verschuldung von 17.809 Euro. Zum Vergleich: Auf jeden Sachsen kamen 2.847 Euro Schulden. Die Zinslast ist für Berlin inzwischen zu einem eigenen Haushaltsrisiko geworden. Der Stabilitätsrat des Bundes und der Länder hat für Deutschlands Hauptstadt eine drohende Haushaltsnotlage festgestellt. Doch geben die erschreckenden Zahlen für die rot-rote Regierung Anlass zur Umkehr? Mitnichten. Im vergangenen Jahr sind 1,4 Milliarden Euro neue Schulden hinzugekommen. Auch im Wahljahr 2011 will Rot-Rot rund zwei Milliarden Euro neue Schulden machen. Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos) spricht ungeniert von einem „Wohlfühlhaushalt“. Der

finanzpolitische Irrsinn der Berliner wäre nicht weiter schlimm, wenn es eine Garantie dafür gäbe, dass der Rest der Republik, so auch Sachsen, nicht irgendwann die Zeche dafür zahlen muss. So wie der deutsche Steuerzahler nun für griechische Sünden aufkommen muss.

### Solidarität und Sanktionen

Berlin zeigt, die Zeit ist nicht nur reif für klare und strenge Regeln in der Finanzpolitik. Vor allem bedarf es schmerzlicher Sanktionen bei Verstößen, so wie es Sachsens Finanzminister Prof. Georg Unland bei Fehlverwendungen der Solidarpaktmittel gefordert hat. Wenn Berlin entgegen jeder Vorgabe aus dem Solidarpakt die Mittel nicht investiert, sondern zum überwiegenden Teil dazu nutzt, Haushaltslöcher zu stopfen, dann darf das nicht folgenlos bleiben. Berlin muss wissen, dass Solidarität nicht selbstverständlich ist. Schon gar nicht gibt es einen Rechtsanspruch darauf. Solidarität kann die Familie der Bundesländer nur vereinbaren. Doch wie in jeder guten Familie üblich, müssen Strafen folgen, wenn ein Familienmitglied sich trotz mehrfacher Ermahnungen als widerspenstig erweist. Erziehung zu einer soliden Finanzpolitik funktioniert nicht ohne Sanktionen. Das gilt im Übrigen auch für die Europäische Gemeinschaft.

### Termine

#### 3. Oktober 2011

„Tag der offenen Tür“ im Sächsischen Landtag. Die CDU-Fraktion präsentiert sich im Raum des LPK-Pressesentrums

#### 16. November 2011

Johann-Amos-Comenius-Club Sachsen am Buß- und Betttag in der Dresdner Frauenkirche. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbber spricht zum Thema „Reformation und Freiheit“.

### Impressum:

CDU-Fraktion  
des Sächsischen Landtages  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351-493 56 10  
Fax: 0351-493 54 44  
E-Mail:  
pressestelle@cdu-sachsen-fraktion.de

Redaktion: Dirk Reelfs, (V.i.S.d.P.)  
Andreas Kunze-Gubsch

SIE FINDEN UNS IM WEB UNTER:  
[WWW.CDU-SACHSEN-FRAKTION.DE](http://WWW.CDU-SACHSEN-FRAKTION.DE)

UND BEI FACEBOOK UNTER:  
[WWW.FACEBOOK.COM/CDULANDTAGSFRAKTIONSACHSEN](http://WWW.FACEBOOK.COM/CDULANDTAGSFRAKTIONSACHSEN)

## „Wer solide wirtschaftet, kann mehr in die Zukunft investieren“

Den Auftakt der ersten Landtags-sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause bildete eine Debatte auf Antrag der CDU/FDP-Koalition zum Thema: "Investieren statt Konsumieren – Sachsen verwendet Solidarpaktmittel verantwortungsvoll und zukunftsorientiert". In seiner Rede betonte der finanzpoliti-scher Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Jens Michel die ausgewogene sächsische Finanzpolitik in den vergangenen Jahren und die sich daraus ergebenden Vor-teile für die Infrastruktur im

Freistaat. „Trotz weltweiter Finanz-krise hat Sachsen im vergangenen Jahr so viel investiert, wie seit Lan-gem nicht mehr. Auf die vom Bund

bereitgestellten 2,28 Milliarden Euro Solidarpaktmittel legten Land und Kommunen noch 840 Millio-nen Euro drauf und bauten damit



Auch bei der ersten Debatte der 40. Plenarsitzung des Sächsischen Landtages am 14. September ging es um Finanzen.

Schulen, Kitas, Hochschulen und Straßen. Damit flossen die Gelder, wie durch den Solidarpakt vorge-schrieben, zu sage und schreibe zu

137 Prozent in die Sächsische Inf-rastruktur“, betonte Jens Michel. „All das kann sich Sachsen nur dank seiner soliden Finanzpolitik in den vergangenen Jahren leisten. Schulden machen war und ist keine Lösung für Finanzprobleme. Schon seit 2006 nimmt der Frei-staat deshalb keine neuen Kredite mehr auf. Mehr noch: Das Land hat in den vergangenen sechs Jahren fast eine halbe Milliarde Euro Schulden abgebaut. So fällt die Pro-Kopf-Verschuldung heute im Freistaat Sachsen mit 2.847

Euro entsprechend gering aus. Nur Bayern hat (noch) weniger“, so der Finanzexperte der CDU-Landtagsfraktion weiter.

## Neues Polizeigesetz für Sachsen

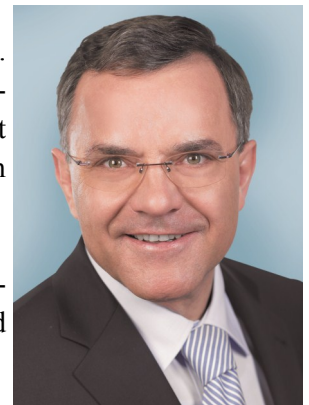
Der Sächsische Landtag hat in sei-ner Sitzung am 14. September ein neues Polizeigesetz verabschiedet. „Das Gesetz ist ein ausgewogener Kompromiss zwischen den berech-tigten Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger und da-tenschutzrechtlichen Belangen“, sagte Volker Bandmann, innenpo-litischer Sprecher der CDU-Fraktion in der vorrausgegangenen Landtagsdebatte.

Mit dem neuen Gesetz wird künftig eine Rechtsgrundlage zur automati-schen Kennzeichenerfassung von Kraftfahrzeugen geschaffen. Diese technische Erkennung darf aber nur mobil und anlassbezogen einge-setzt werden; eine ständige Über-

wachung von Straßen wird weiter-hin unzulässig sein. „Mit der auto-matischen Kennzeichenerfassung gibt es endlich ein Instrument zur vorbeugenden Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität zum Beispiel im Falle von Auto-diebstählen oder anderen Fah-nungsfällen. Es darf nicht sein, dass Kriminelle sich modernster Technik bedienen können und der Staat sich dem versagt“, sagte der CDU-Innenpolitiker.

Das Gesetz erlaubt den sächsi-schen Kommunen zudem, durch Polizeiverordnung zum Zwecke der Gefahrenabwehr zeitlich be-grenzt Alkoholverbotszonen auf öffentlichen Straßen und Plätzen

einrichten zu können. „Wir set-zen damit ein von vielen Kommu-nen gefor-dertes und durchaus berechtig-tes Anlie-gen um“, so Volker Bandmann



Volker Bandmann Mdl

weiter. Nach dem Inkrafttreten des neuen Polizeigesetzes werden au-ßerdem Wohnungsdurchsuchung bei Entführungs-fällen erleichtert und die Frist zur Wohnraumver-weisung auf zwei Wochen erhöht.

## Sächsischer Bauordnung vereinfacht

Auf Initiative von CDU und FDP wird der Bau von Solar- und Windenergieanlagen in Sachsen künftig erleichtert. Ein entsprechendes Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung hat der Landtag auf seine 40. Sitzung der laufenden Legislaturperiode beschlossen. Mit dem Gesetz soll die Errichtung von Solaranlagen zur Wärme- und Stromerzeugung sowie von Windrädern bis zu einer Höhe von zehn Metern künftig von aufwendigen

Baugenehmigungsverfahren freigestellt werden.

Vereinfacht wurden auch die Verfahren zur Genehmigung für Maßnahmen zur Wärmedämmung, dem Bau von Garagen bis zu einer Bruttogrundfläche von 50 m<sup>2</sup> sowie Erweiterungen von Gaststätten um Außenbewirtschaftungen von bis zu 100 m<sup>2</sup>. Mit dem Gesetz wird gleichzeitig EU-Recht umgesetzt.

„Zwar haben die Änderungen zur Folge, dass die Bürger von Büro-

kratie entlastet werden. Mehr Freiheit bedeutet aber auch eine Zunahme an Verantwortung“, so Oliver



Oliver Fritzsche MdL

Fritzsche, landesentwicklungspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

## Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zur Inklusion gefordert

Der Sächsische Landtag hat in seiner Sitzung am 15. September die Staatsregierung aufgefordert, einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu erarbeiten. Damit folgt der Landtag einem gemeinsamen Antrag von CDU, FDP, SPD, Grüne

und Linke. Ziel der überfraktionellen Initiative ist ein stärkeres gemeinsames Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern. Die Fraktionen räumen damit dem Wohl und dem schulischen Erfolg des Kindes, dem Elternwunsch bei der Wahl des bestmöglichen Bil-

dungsweges und der vollen Teilhabe an der Gesellschaft Priorität ein. Angesichts der seltenen Einigkeit über Fraktionsgrenzen hinweg sprach Thomas Colditz, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, von einer „Sternstunde des Parlamentarismus“.

## Koalition will Ackerflächen stärker vor Versiegelung schützen

Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP wollen die landwirtschaftlichen Nutzflächen in Sachsen künftig stärker vor Versiegelung schützen. „Jeden Tag gehen dem Freistaat rund 5 Hektar wertvoller Ackerboden verloren. Der zunehmende Verbrauch von landwirtschaftlicher Nutzfläche und damit der Verlust von der wichtigsten Grundlage zur Nahrungsmittelproduktion ist heute eines der größ-

ten gesellschaftlichen Probleme. Dieser Entwicklung gilt es, entschieden entgegenzuwirken“, sagte Andreas Heinz, Vorsitzender des Arbeitskreises „Ländlicher Raum, Umwelt und Landwirtschaft“ in der CDU-Fraktion.

„Es gibt zahlreiche Alternativen, um notwendige Eingriffe in den Naturhaushalt durch Flächeninanspruchnahme zu kompensieren, ohne das wertvolle landwirtschaft-

liche Nutzflächen dafür verwendet werden. So könnten künftig Pflegemaßnahmen von alten Streuobstwiesen als Ausgleichsmaßnahmen anerkannt werden. Aber auch eine Ausweitung von Ökokonten, produktionsintegrierte Maßnahmen, Flussrenaturierungen und Entsiegelungen können dazu beitragen, unsere Äcker zu schonen“, ergänzte der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Stephan Meyer

## Personalien

**Frank Hirche** (MdL) ist neuer Vorsitzender beim Bund der Vertriebenen, Landesverband Sachsen/Schlesische Lausitz e.V..

## Zitat des Monats

„Die jetzige Situation ist wie ein Wetterleuchten für ein Unwetter, auf das wir zusteuern, wenn nicht gehandelt wird“  
*Thomas Colditz, schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, am 14.09.2011 in der Landtagsdebatte zur Personalsituation von Lehrkräften zum Schuljahresbeginn.*